

**Ersteinstklassig**  
ausdrückt, mit Namen  
der Sonn- und Feiertage.

**Abonnementspreis**  
monatlich 80 Pf.,  
vierteljährlich 1,80 Mk.,  
prämium. frei ins Haus.  
Durch die Post bezogen  
1,80 Mk. inkl. Postgebühren.

**Die Neue Welt**  
(Anzeigungsvertrag),  
durch die Post nicht beziehb.,  
kostet monatlich 10 Pf.,  
vierteljährlich 80 Pf.

Stephan Nr. 1047.  
Telegraphen-Nr. 1047.  
Volksblatt Halle/Saale.

# Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Baunburg-Weißfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga  
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43.

Redaktion: Harz 42/43.

**Insertionsgebühr**  
besteht für die 6 gelassenen  
Zeilen ober oder unten  
20 Pfennig.  
für einseitige Anzeigen  
25 Pfennig.  
Im reaktionären Zeits  
kostet die Zeile 75 Pfennig.

**Insertate**  
für die fällige Nummer  
müssen spätestens die vor-  
mittags halb 10 Uhr in der  
Expedition aufgegeben  
sein.

Eintragungen in die  
Postzeitungsliste.

## Auf zu den Stichwahlen!

In großer Siegesgewissheit waren die deutschen Arbeiter am 25. Januar in ihren guten Kampf gegangen. Aber ein übermächtiger Vierbund von Dummheit und Betrug, Wahlkreisunrecht und Mandatschacher rang ihnen mit rohen Fäusten den Sieg aus den Händen. Jetzt aber rufen die Signale zum zweiten und letzten Treffen.

Freude und stolze Sicherheit sind diesmal unsere Begleiter nicht. Aber noch haben wir unsern **Troß** und unser **Pflichtbewußtsein**. Was über leichtfertige Verläumdungen vom 25. Januar Nachsicht hinwegleiten; für den Sozialdemokraten, der am 5. Februar seine Pflicht nicht bis zum Äußersten erfüllte, gäbe es keine Entschuldigung. „In Fährden und in Nöten zeigt sich das Volk erst echt!“ Wenn sich das Wort am deutschen Volk der Arbeit diesmal bewährt, werden die vorerlittenen Triumphe vom 25. Januar noch manche bittere Enttäuschung erleben.

Drüben bieten sie das Äußerste auf, um die deutsche Sozialdemokratie aufs Knie zu zwingen. So befehlt der Herr seinen Konservativen und liberal-freisinnigen Heerführern in der Nord. Allgem. Ztg.:

Noch ist die Niederlage der Sozialdemokratie vom 25. Januar erst eine vorläufige; das letzte Wort wird am 5. Februar gesprochen werden. Hier gilt es, die Sozialdemokratie so zu treffen, daß sie ihr Haupt nicht wieder zu früherem Uebermut zu erheben wagt, daß ihre Niederlage, wie es am vorletzten Freitag der Wille des geeinten Bürgertums war, zum **moralischen Zusammenbruch** wird.

Es ist lächerlich und töricht, von „Zusammenbruch“ und gar noch von einem „moralischen“ einer Partei zu reden, die an der Spitze aller Parteien stehend, im schlimmsten Sturm immer noch eine Viertelmillion neuer Anhänger gewonnen hat und fast eine Viertelmillion mehr Stimmen zählt als Konservative, Reichspartei und Nationalliberale zusammen. Ihre Mandatverluste sind die Folge keines wirklichen Rückgangs, sondern unnatürlicher Zusammenpressungen, durch die der Wille des Volkes verzerrt und verfälscht worden ist. Gelänge der Sozialdemokratie, was theoretisch möglich wäre, in **sämtlichen** Kreisen, in denen sie am 5. Februar in Stichwahl steht, das Feld siegreich zu behaupten, so hätte sie damit im Reichstag erst knapp jenes Maß des Einflusses erreicht, das ihr nach der **Zahl** ihrer Wähler billigerweise zukame, nämlich 115 Mandate. Jeder in den Stichwahlen gewonnene Kreis vermindert daher das Maß des Unrechts, das den sozialdemokratischen Wählern durch die Wahlkreiserteilung zugefügt worden ist und hilft, das gefälschte Urteil vom 25. Januar wieder zur Reinheit heraufzulenken.

Es ist weiter nichts als eine Lüge, wenn unsere Gegner behaupten, das Mandat-Ergebnis der Hauptwahlen habe den wahren Willen der Nation zum Ausdruck gebracht! Nein, in dieser Frage erkennt sich das deutsche Volk nicht wieder! Und wenn jetzt von den Getreuen der Regierung verlangt wird, sie sollten die Niederlage der Sozialdemokratie zu einem „moralischen Zusammenbruch“ vervollständigen, so ist das nur die geschmeidige Umschreibung der Aufforderung, geübtes Unrecht zu vertausendfachen und die Fälschung des Volkswillens bis zum Äußersten fortzusetzen.

Es handelt sich **nicht** um Sein oder Nichtsein der sozialdemokratischen Idee. Diese ist unbesiegbare, unzerstörbar, lebt, wirkt und wirbt weiter; sie wird einst über den Gräbern der Sieger von vorgestern triumphieren. Dessen sind wir heute gewiß wie nur je. Aber es handelt sich in diesem Kampfe um das **Schicksal des deutschen Volkes in den nächsten Jahren**.

Im Zeichen der **Freiheit** hatten diese Wahlen gestanden, es gibt keinen Winkel deutschen Landes, wo nicht der letzte Agent des Reichsverbandes, in betrügerischem Wettbewerb mit den echten Vertretern freiheitlicher Gedanken, über die „Befreiung“ von irgend etwas und in irgend einer Form große Worte gemacht hätte. Das Morgenrot einer neuen „liberalen Ära“ war den Wählern verheißen worden, und Millionen Verblendeter, Schlaftrunkener griffen mit ausgestreckten Armen in die finstere Nacht. Von der „liberalsten“ Demagogie sind die reaktionärsten Wahlen gemacht worden, die Deutschland seit zwanzig Jahren erlebt hat.

Jetzt aber stehen wir, jäh aufgeschreckt, vor einer dunklen Gefahr, die nicht die Sache der Sozialdemokratie bedroht — diese wird alle Katastrophen überdauern — aber dem deutschen Volke mit Zähnen und Klauen hart an den lebendigen Leib rückt. Nicht die sozialdemokratische Partei, sondern **das Deutsche Reich steht vor der Gefahr eines moralischen, ja selbst physischen Zusammenbruchs, wenn Scharfmacher und Wahlrechtsräuber den neuen Reichstag regieren sollten**. Denn kein Kundiger kann sich darüber täuschen, daß die deutsche Arbeiterklasse eine neue Ära des Rechtsraubes und der verschärfsten Knechtung keineswegs mehr mit christlicher Demut zu ertragen vermöchte.

Die vom sozialen Frieden reden, wollen in Wahrheit den Kampf gegen die Arbeiterklasse bis zum Weißbluten führen. Wir, die wir den Klassenkampf predigen, machen kein Hehl daraus, daß wir den Kampf wollen, aber es soll ein ehrlieber Kampf sein in Recht und Ordnung, wie ihn zu führen gesitteten Menschen würdig ist. Darum werden die Arbeiter am 5. Februar ihr Äußerstes und Letztes tun, um das Vaterland vor der Schmach und der Katastrophe eines reaktionären Reichstages zu schützen und die Fahne ihrer Partei in Ehren heimzubringen.

**Der hätte auf alle Zeit das Recht verwirkt, zu dieser Fahne zu stehen, der am 5. Februar nicht wußte, was zu tun seine Schuldigkeit ist.**

Die liberalen Wähler, welche auf eine liberale Ära hoffen, mögen bei der Stimmabgabe bedenken, daß sie politischen Selbstmord begehen, wenn sie bei den Stichwahlen einen Konservativen in den Sattel heben

Mag Kraft und ungebeugter Troß vollbringen, wozu uns die **Pflicht** ruft!

# Das Urteil vom 25. Januar.

Die Nordd. Allg. Zeitung veröffentlicht eine vorläufige Zusammenstellung der Wahlergebnisse vom 25. Januar. Der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie ist gegenüber den bisherigen Berechnungen etwas höher angegeben (248 197, viel höher der der Nationalliberalen und bedeutend geringer der des Zentrums.)

Wahlberechtigt waren:	1907	1903	Zunahme
	13 193 512	12 531 248	+ 662 263
Gültige Stimmen wurden abgegeben in Prozenten:	85,4	85,8	
	11 262 574	10 715 567	+ 546 997

Von „Nichtwählern“, die obgleich Wahlberechtigt 1903 zu Hause blieben, stimmten also diesmal mit: 1 104 664

Es erhielten Stimmen:

Sozialdemokraten	1907	1903	Zunahme
Zentrum	2 258 968	2 010 771	+ 248 197
Nationalliberal	1 433 381	1 875 292	- 441 911
Kathol.	2 535 774	2 477 784	+ 57 990
Welfen, Dänen, Christl.	1 722 078	1 685 517	+ 36 561

Gegen Völkerverträge und Kartellstimmen also: 6 068 201

Für alle anderen Parteien zusammen: 5 194 373

Konfessionslose	1907	1903	Zunahme
	107 065	94 848	+ 12 217
Freireiher	447 808	397 404	+ 50 404
Nationalliberal	1 654 738	1 813 031	- 158 293
Freie Vereinigung	343 969	243 230	+ 100 739
Freie Volkspartei	734 582	542 556	+ 192 026
Deutsche Volkspartei	147 933	91 217	+ 56 716
Kleinere Gruppen	851 400	696 575	+ 154 825

Die bedeutenden Verschiebungen, die sich in der vorliegenden offiziellen Statistik im Vergleich zu der von anderen Seiten aufgestellten ergeben, erklären sich zum großen Teil daraus, daß die unglücklichen Hottentotten-Nichtwähler zum großen Teil selber nicht wählten, ob sie Männchen oder Weibchen sind. Infolge der zahlreichen Mandatsänderungen haben gleich im ersten Wahlgang Konfessionslose für Freireiher, Nationalliberaler für Konfessionslose, Reichsparteier für Nationalliberaler gestimmt. Beispielsweise hat die Reichspartei ihre sämtlichen Stimmen von Kothenburg-Spandauerstadt an Schleien an die Nationalliberalen verkauft, wofür der Bund der Landwirte in der Wahl sämtliche nationale Hilfstruppen erlangt. Die Folge ist eine gründliche Konfusion der Statistik, und schon erhebt die Kreuzsetzung den Widerspruch, daß ein Teil der liberalen Aufschwungstimmen der konfessionlosen Partei zugerechnet werden müßten, weil sie bloß ausgeübt gewesen seien. Dem Statistiker bleibt angeichts solchen Widerspruchs nur der Trost der Enttäuschung:

Wenn sie niemand auch durcheinander liegen — Gott weiß die Seinen schon herauszufinden!

## Die Stichwahlen am Sonnabend.

- Randow-Greifenhagen.** Bisher Pfitzen (Soj.). Gewählt: Jhr. v. Steinwald (Konf.). Jürka 21 000 Stimmen, Rörken jürka 18 000. (Hauptwahl: Soj. 17 162, Gegner 22 000).
- Rinneberg-Otzenow.** Bisher v. Elm (Soj.). Gewählt: Rietow (Frei). 28 882, v. Elm 19 843. (Hauptwahl: Soj. 19 617, Gegner 23 633).
- Roskow.** Bisher Dr. Herzfeld (Soj.). Gewählt: Lind (Natf.). 13 153, Herzfeld 12 119. (Hauptwahl: Soj. 12 314, Gegner 16 256).
- Schwerin-Bismar.** Büding (Natf.), bisheriger Vertreter, ist dem Konfessionar v. Düßiger unterlegen.
- Wachum.** Dr. Pädänsche (Frei. Ver.) wiedergewählt.
- Wagenow.** Der Nationalliberal Graf von Bismarck siegte über den Konfessionar Brüttig.

(Nachdruck verboten.)

## Der Holzhändler.

Roman von Max Kröner.

Dallers freute sich seines diplomatischen Amtes. Eigentlich war ihm die längere Abwesenheit seines Schwogerjüngers sehr angenehm, denn er durfte dann Otto und ihre Töchterchen ganz allein mit sich haben.

So dampfte Warten also ab, ohne viel darüber nachzudenken, wie sich während seiner Abwesenheit die Familien-Tradition entwickeln konnte. Regelmäßig einrichtende Briefe dienten ihm zur Veranschaulichung, und auch Dallers mußte sich reichlich geflüstert. Das Umstehen, das er so oft in der Stube Wollens empfinden hatte, einen wohlgelächelten Gesichts-Platz gemacht. Auch da sein Schwogerjüngel weit entfernt war, empfand er erst recht, wie er sich gequält hatte. Die Gewohnheit des Tages hatte ihm allmählich wieder hoffnungsreicher gemacht. Er fand plötzlich, daß es mit dem Verlaufe seines Gedankens keine große Eile zu haben brauchte, und daß er eigentlich noch zu jung sei, um sein Leben in Unklarheit zu beschließen. Wollers hatte, wie er sich dachte, ein wieder regelmäßiger nach dem Kontor, machte auch ihn und wieder eine kleine Reise, die sich aber nur auf Tage ausdehnte.

„In dem fälschlichen Gleichgewicht seiner Seele, in dem der Gewissenskampf eigentlich nur Ruhepausen hatte, erwaachte der Wunsch in ihm, Wollens möchte niemals mehr zurückkehren und sein Geheimnis mit ins Grab nehmen. Er dachte gar nicht an den Schmerz, den er nicht auf das Unbedeutende seines Lebens; viel weniger noch wurde er dabei nicht irgend einem Nachgefühl gegen Wollens geliebt. Wie er sich daran gequält hatte, in allen Vorzügen, die sein jetziges Leben betrafen, eine gleichmässiger, höhere Bestimmung zu entdecken, so hatte er einen unerbittlichen Tod Wollens als sein Ziel ausgesprochen. Es handelte sich um die Zukunft in ihm. Er war dem unerschütterlichen Willen Wollers, dem es nicht gelang, nach dem Haus nicht mehr zu werden, und so fand er nichts Verwerflicheres darin, Wollens dasselbe zu wünschen. Denn von einer Seite mußte der Frieden kommen. Er wußte zwar, daß er ihn innerlich noch nicht gefunden hatte und niemals finden würde, aber äußerlich konnte er doch eintriften.

Die Unterhaltung am Sonntage auf dem Hofe war nicht ohne Eindruck auf ihn geblieben. Was er sich damals

**Käström.** v. Treuenfels (Konf.) wiedergewählt mit 9032, gegen Knappe (Soj.) 5670. (Hauptwahl: Soj. 5541, Gegner 11 538. Die Entscheidung gaben die Freireiherinnen.)

**Holzminde.** Wiedergewählt: W. Damm (Konf.) mit 12 962 gegen Calver (Soj.) mit 10 158. (Hauptwahl: Soj. 9346, Gegner 11 109).

**Freilich.** (Bisher Reichspartei). Gewählt: Rand (Reichsp.) 12 515 gegen Böh (Soj.) 6674. (Hauptwahl: Soj. 6059, Gegner 9224.)

**Hamburg-Sippe.** (Bisher Reichsp.) Gewählt: Brunnemann (Reichsp.) 5049 gegen Klingenbogen (Soj.) 5225. (Hauptwahl: Soj. 3677, Gegner 4841.)

## Unser Zuwachs und Rückgang an Stimmen.

Die gestimmten Wählerlisten ergeben für unsere Partei folgendes Bild:

	1903	1907	im 1907 + = mehr - weniger
Preußen	1 640 998	1 813 956	+ 172 958
Hannern	212 505	237 891	+ 25 386
Sachsen	468 570	468 570	23 194
Hürttemberg	99 743	155 724	+ 55 981
Baden	72 300	98 386	+ 26 086
Württemberg	65 834	76 992	+ 11 158
Mecklenb.-Schwerin	40 778	44 271	+ 3 493
Estland	6 066	6 059	- 7
Sachsen-Weimar	26 247	26 788	+ 541
Braunschweig	36 369	37 500	+ 1 131
Hessen	17 971	21 705	+ 3 734
Sachsen-Meininger.	16 681	17 855	+ 1 174
Sachsen-Altenburg.	18 695	19 092	+ 397
Sachsen-Rubowig.	19 209	20 390	+ 1 181
Anhalt.	17 672	17 641	- 31
Schwarzburg-Rudolst.	8 742	8 250	- 492
Schwarzburg-Sondersh.	5 237	5 798	+ 561
Walded.	1 830	1 122	- 708
Neuß (Ältere Vinie)	6 840	6 304	- 536
„Jüngere ..“	13 261	13 157	- 104
Schwarzburg-Wippe.	2 310	2 668	+ 358
Hilfsortum Wippe.	5 719	5 758	+ 39
Wiesbad.	11 573	11 573	0
Bremen	25 076	27 962	+ 2 886
Hamburg.	100 112	112 892	+ 2 780
Stütz-Vöhringen.	68 267	61 589	- 6 678

3 010 771 3 254 970 + 244 199

Stimmenrückgang haben wir nur in Sachsen, den beiden Mecklenburg und in verschiedenen kleineren Thüringischen Staaten. Ganz erhebliche Zunahme erhielten wir in den vorwiegend industriellen Gegenden mit Ausnahme von Schlesien.

Nach der Nordd. Allg. Ztg. haben wir gegen 3 259 068 Stimmen erhalten.

Von der Zahl der Wahlberechtigten machten unsere Stimmen:

1884: 4,12 Prozent, 1893: 16,76 Prozent, 1887: 7,81, 1898: 18,47, 1890: 14,07, 1903: 24,03

**1907: 24,25 Prozent aus.**

Loch des Hottentotten- und Dattelstinkwindels ist also selbst diesmal der Prozentig unserer Stimmen im Verhältnis zu den Wahlberechtigten ein wenig gestiegen.

## Stichwahlparolen.

**Reichsp.** Die Parteileitung der Freireiherischen Volkspartei im Provinzial-Sachsen lehnte den Vorschlag des nationalliberalen Landesvereins ab, einen gemeinsamen Wahllauf zu unterstützen aller in der Stichwahl stehenden bürgerlichen Kandidaten zu machen. Der Vorstand des nationalliberalen Landesvereins vertritt öffentlich nur einen besonderen Stichwahllauf mit der Parole an alle bürgerlichen Wähler: „Wählen wir einander! Wahlen wir ganze Arbeit!“

**Kreisler.** Der Vorstand des nationalliberalen Wahlkreises an Rassel erstigt eine öffentliche Erklärung, worin er erklärt betont, daß der Beschluß des Reichspartei-Vorstandes für den Reichspartei-Wahlkreise, gegen den liberalen Vorstoß abzuhalten, in den Rassel-Wahlkreisen die tiefste Empörung hervorgerufen habe, deshalb werde im Interesse des Nationalliberalismus allen Parteigenossen Walddes dringend angeraten, in der Stichwahl nur Vorhoff zu wählen.

## Vom gleichen Wahlrecht.

Bei der Wahl am 25. Januar wurden die folgende Kreise mit den angegebenen Stimmen erzielt von

den Konfessionar		der Sozialdemokratie	
Reinigenhell	12 148	Wespaig-Land	56 713
Ohreud	11 973	Hamburg III	65 461
Wespaig	11 775	Berlin IV	81 089
Berlin VII	11 736	Berlin VI	90 640
Wespaig	11 575	Niederbarnim	57 882
Wespaig	11 541	Teltow-Beeskow	
Wespaig	11 485	Storfow	104 104
	11 388	Summa	464 738
	11 149		
	11 261		
	10 977		
	10 813		
	10 411		
	10 077		
	9 832		
	8 924		
	8 634		
	8 543		
	8 387		
	8 269		
	Summa	210 278	

20 Konfessionar Mandate wurden also erobert mit insgesamt 120 278 Stimmen!

Um jedoch 6 Sozialdemokratische Mandate zu erobern, bedurfte es der Zahl von 465 738 Stimmen!

So standlos wird das industrielle Proletariat amrecht!

## Tagesgeschichte.

alle a. S., 4. Februar 1907.

### Die Einweisung des Reichstags.

Der jetzt wieder von Herrn Ballin angekündigte und von der Reichspartei in Ausübung dererzten Plan, das Reichstagswahlrecht aber nicht zu ändern, aber es zu ergänzen, indem man den Volkverweigerern aus den Reichstagsparlamenten Agenten des Kapitalismus angliedert, ist alt. So berichtet schon noch in seinen Denkwürdigkeiten unter dem 14. Dezember 1893:

„Seit man sich bei Miquel, der an dem Zustandekommen der Reichstagsreform mitgewirkt hat, über die Einweisung durch Ministerialdekret für die Reform der Reichstagsorganisation aufkommen mußte, das allgemeine Wahlrecht ist unmöglich. Die Wahlen brauchen immer schlechtere Elemente in den Reichstag. Das einzige Mittel, von dem man an der Sache nicht scheitern würde, ist, daß man ein Viertel der Abgeordneten aus den Einzel-Landtagen wählen läßt.“

Der Mann, der 1893 den Plan aufwarf, war der Führer der Nationalliberalen in Miquel. Ein anderer Nationalliberaler, Herr v. Ungemach, hat, wie die Münchener Post ermittelte, feinerzeit die Theorie entwickelt, daß ohne die Einweisung des Reichstags der Bundesrat allein die Reichsverfassung ändern könne.

„Herr Miquel'se Gedanke wurde damals gleichgültig bereits ausgeführt, und der Entwurf liegt in den Akten, wie so viele andere Pläne, die auf der benannten preussischen Vorn zur völligen Einweisung des Reichstags führen sollen. Man wartet nur noch auf den Erfolg der deutschen Selbstverwaltung.“

### Verabschiedete Offiziere als Arbeitervertreter.

In früheren Zeiten wurden inwieweit preussische Unteroffiziere als Soldaten verwendet. Jetzt wird vorgezogen, die verabschiedeten Offiziere statt der aus Arbeiterkreisen hervorgehenden Soldaten an den Reichstagen bei der Erneuerung der Reichstagsmitglieder mitzubringen. Auf die Arbeit zum ersten Male die Mitglieder der freien Gewerkschaften, aus der Bevölkerung der Reichstagsmitglieder herauszuheben, haben wir schon wiederholt hervorgehoben. Jetzt kommt nun ein neuer Schritt, der die Arbeitervertreter in den Reichstagen zu bringen wird, so daß der Reform der Reichstagsreform unterzubringen. Bei dieser Reform, meint Herr v. Ungemach, die die Arbeitervertreter für die verabschiedete Offiziere, in denen ihre Arbeitskraft und Zuverlässigkeit nach Maßgabe





# 1. Beilage zum Volksblatt.

No. 30.

Halle a. S., Dienstag den 5. Februar 1907.

18. Jahrg.

## Der Tarifvertrag im Deutschen Reich.

Wo der Kapitalismus die Schaubühne betritt, da erscheint er zunächst gescheit. Im Gehalt übereinander steht vor ihm die zersplitterten Formen überlebener Organisationen über den Geistes- und Willen der alten Verbände von Meistern und Gesellen, die mit ihrem beherrschenden Formenwesen und der ungeschicklichen Wahrung alter Rechte dem revolutionären Ungeheißel des neuen Weltbewusstseins im Wege stehen. Aber auf die Dauer vermag keine Berufsartweise einer gewissen Ordnung zu entsagen. Das Bedürfnis nach Organisation und Regelung setzt sich auch unter der Herrschaft des Kapitalismus durch, überwindet gefühllose Hindernisse und schafft seine eigenen rechtlichen Formen. Heute, wo die kapitalistische Berufsartweise noch nicht voll zur Entfaltung gelangt ist, hat sie doch bereits in den Verbänden der Unternehmer sich bestimmte Regeln setzen, in den Arbeiterorganisationen und den Arbeiter-Organisationen gewisse Beschränkungen ihrer Willkürlichen Betätigung sich gefallen lassen müssen. Je mehr diese Arbeiter-Organisationen an Ausdehnung und innerer Kraft gewinnen, um so mehr drängen sie nach freien Vereinbarungen mit der Gesamttheit des Unternehmens, die dem einzelnen Arbeiter durch ihre klare Rechtsform eine gewisse Sicherheit der Arbeitsbedingungen mit einem Schon gegen Willkür bieten können.

Die Tarifbewegung der deutschen Arbeiter ist noch ziemlich jung. Abgesehen von den Buchdruckern, die schon im Jahre 1848 beim ersten Tarifverbot ausgetreten sind und am 9. Mai 1873 den ersten nationalen Tarif durchgesetzt haben, haben die deutschen Gewerkschaften erst jetzt kaum einen Jahrzehnt die planmäßige Einführung von Tarifen in ihr Programm aufgenommen. Wohl haben die christlichen Gewerkschaften von Anfang an die Vereinbarungen mit den Unternehmern als ihr Ziel aufgestellt. Aber bei der Zersplittertheit, mit der sie stattdessen zu kämpfen, alle möglichen Fortschritte nur von der gutwilligen Einsicht des Unternehmers her zu erwirken, mußten sie für die Einführung des Tarifvertrages bedeutungslos bleiben. Erst als die freien Gewerkschaften gefühllos in jahrzehntelangen Kämpfen und Gehalt in gründlicher Organisationsarbeit, ihr Augenmerk auf die tarifmäßige Festlegung ihrer Forderungen richteten, kam die Tarifbewegung in Fluss. Anhängerschaft und als unzureichend mit dem Kampfbewusstsein der Organisationen auch in den eigenen Reihen mit Missbräuchen angehen, hat sie sich doch bald Anerkennung erworben. Der 3. Gewerkschaftskongress zu Frankfurt a. M. (1899) beschloß: Tarifliche Vereinbarungen, welche die Löhne und Arbeitsbedingungen für eine bestimmte Zeit regeln, sind als Beweis der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter seitens der Unternehmer bei Festlegung der Arbeitsbedingungen zu erachten und in den Verträgen anzuerkennen, in welchen sowohl eine feste Organisation der Unternehmer wie auch der Arbeiter vorhanden ist, welche eine Gewähr für Aufrechterhaltung und Durchführung der Vereinbarungen bieten. Dauer und Umfang der Vereinbarungen lassen sich nicht schematisieren, sondern hängen von den Eigenarten des betreffenden Berufes ab.\*

Wie stark selbst die Tarifbewegung auf sich gewonnen ist, erfahren wir aus einer mit außerordentlichem Gründlichkeitspensungenen Zusammenfassung, die das Reichsische Statistische Amt in dreier Sprachen heraus mit einer Tabelle des gesellschaftlichen Wandens sowie der rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Tragweite der neuen Vertragsform herausgegeben hat.\*

Von den 300—400 Sozial- und Generalarbeits-, die nach Angabe des Reichs im Deutschen Reich bestehen, hat das Amt mit Hilfe der Arbeiterorganisationen und eines Teils der Unternehmerverbände (hauptsächlich im Bau- und Schneiderverber) im Jahre 1905 etwa 1600 geschlossen, deren Geltung sich auf 477 000 Arbeiter erstreckte.

Während an der Spitze steht der absolute Zahl nach das Baugewerbe: 606 Verträge, 17 930 Betriebe mit 227 300 Arbeitern. Unter Zurechnung der Töpfer- und Glasmacher haben wir hier sogar 756 Verträge gültig für 19 930 Betriebe und 240 577 Arbeiter, d. h. mehr als die Hälfte der Gesamtzahl der letzteren. Relativ aber stehen die graphischen Gewerbe oben an mit fünf General-, fünf D. r. s. und einem Verberverband, die den weitesten großen Teil der in Frage kommenden Firmen und Arbeiter umfassen. Der Druck des Buchs (70 Prozent aller) mit einer Leistung von 66 Millionen (90 Prozent) an 1659 Orten gehalten. Neben dem Verber der Buchdrucker haben Generalarbeits für das ganze Reich abgeschlossen: die Chemieverber und Kupferverber, die Holzdrucker, die Formdrucker, die Rotenscherer. 80 Prozent der Tarife sind Sozialtarife, die für eine oder mehrere Branchen (z. B. Maurer, Zimmerer und Baufeldarbeiter) an einem Orte oder in einem Bezirke — so für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk mit mehreren hundert Orten — die Arbeits- und Lohnbedingungen ganz oder teilweise regeln. Der Rest sind Tarife mit Einschluß. Mit namhaften Zahlen erscheinen noch die Holzarbeiter (105 — 5077 — 44 362), Metallarbeiter (133 — 4583 — 37 674), Brauer (156 — 539 — 22 815), Eisenarbeiter (44 — 524 — 19 843) und Schneider (187 — 2062 — 15 177).

Die Betrachtung der einzelnen Gewerbe zeigt deutlich, wie sehr die Tarifbewegung heute noch auf bestimmte Branchen und Berufsformen beschränkt ist. Daß die große Gruppe: Land- und Forstwirtschaft, Forstwirtschaft usw. nur drei Verträge von 657 Personen aufweist, nimmt bei der allbekannten Wirkungslosigkeit der hier in Frage kommenden Arbeiter und Meister nicht Wunder. Ebenso prägnant ist die Gruppe: Bergbau, Hütten und Zinn- und Kupfer, das Reich der festsitzenden Kapitalmagnaten, ohne jeden Vertrag. In der Metallindustrie sind es vorwiegend Branchen mit Kleinbetriebscharakter, die der Kumpen-, Bau- und Maschinen-Schlosser, Eisen- und Zinnmacher, Metallschläger, in denen Tarifverträge abgeschlossen werden. Die Kleinbetriebe von Rheinland-Westfalen und Oberhessen, die Maschinen- und die elektrischen Fabriken von Baden fehlen hier ebenso wie die ganze chemische Industrie, die Industrie der Leinwandstoffe und die großen Verkehrsunternehmen. Das Hauptgebiet der Tarifvereinbarungen ist, wie ersichtlich wurde noch der mittlere und Kleinbetrieb, und zwar vornehmlich wiederum beruht mit Lokalen Charakter — wie das Baugewerbe-Maschinenverber u. a. —

und mit starken Arbeiterorganisationen. Bei den sich als Herren im Hause führenden Großunternehmern ist es vor allem der Hah gegen jede selbständige Regelung der Arbeiter, dazu die Furcht vor kommunistischer Einschüchterung, die demotivierend wirken müßte — wie der Arbeitgeberverband für die nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustriellen sich ausdrückt —, die sie Tarifverhandlungen unzugänglich machen. Mit wachsender Stärke der Arbeiterverbände wird hier, so zu wie am Brauwesen, helfen Unternehmer auch lange zu den schätzbarsten Schatzmachern zählen, die vorwärtliche Regelung der Arbeitsbedingungen durch gleichberechtigt verhandelnde Verbände sich durchsetzen.

Der Zweck der Tarifverträge ist überall die vorherige Regelung der für die Schließung der Arbeitsverträge wichtigsten oder zweckvollsten Bestimmungen. Entsprechend dem Zwecke und gemäß den verschiedenen Bedingungen der Gewerbe stellt sich der Tarif in den verschiedenen Größen und Formen dar; von wenigen Zeilen für eine Mühle oder für das Lohengewerbe in Mannheims Schuhfabriken bis zu den 273 Positionen der Hamburger Wachseverber, den 150 Nummern der Breslauer Haisler oder den 34 Seiten des Anschers-Tarifs. Ratgemäß wird der Vertrag um so besiegelter sein, je mehr einzelne Punkte zu zenen sind, also auch weit eingehender für Anford- als für Zeithöhe.

## Zur Wahlbewegung im Reg.-Bez. Merseburg.

Achtung, Stimmwählerskate!  
Wir bitten die Kreisleitungen der in Stichwahl stehenden Kreise, uns bis Mittwoch früh 9 Uhr das Stimmresultat telegraphisch zu übermitteln.  
Telegrammadresse ist:  
Volksblatt — Halle/Saale. Die Redaktion.

## Merseburg-Querfurt.

Wähler! Denkt bei der heutigen Stichwahl daran, daß die Konservertativen stets für Lebensmittelmangel und Entwertung des Volkes eingetreten sind. Ergötzt dafür, daß eure Familien in Zukunft ein besseres Leben führen können als bisher. Jeder wähle nur den Rassenbeamten Volker des Leipzig.

Für Windler ist abermals ein Wähleraufmarsch erschienen. Im Anfang weichen die Konservertativen und Sozialisten auf den Jung der Hauptkandidaten hin und verfolgen, den 25. Januar als den Tag des Volksgerichtes zu eröffnen. Ein Viertel der sozialdemokratischen Mandate sei hinweggeführt. Sehr richtig, Herr Windler, wir haben 25 Mandate bisher eingeholt, aber das Volksgericht hat doch zu unrem Gunsten entschieden. Über eine Viertel Million Wähler sind zu den früheren drei Millionen gestiegen. Die Sozialdemokratie ist stark geblieben trotz der verlorenen Mandate. Sie wird es auch bleiben trotz der Verleumdungen der Windlerischen Wahlmacher. Alles erkunten und erledigt! So feineigentlich ein Liberaler die Agitation der Konservertativen. Er hat recht! Nur Liebe und Verleumdung haben den Bürgerlichen diesmal den Sieg gebracht. Jeder ansänbig denkende und fühlende Wähler muß heute dem Sozialdemokraten seine Stimme geben.

## Organ - Liebenwerda.

An die örtlichen Vertrauensleute.

Parteilosen! Damit auch zur Stichwahl in unserm Wahlkreis das Wahlergebnis so schnell als möglich zusammengestellt werden kann, eruchen wir die Parteigenossen, uns das Resultat am Wohnort durch Telegramm an die Adresse: Windler Freiwirtschafts Hof, Mühlberg auszusenden. Sobald das Resultat zusammengestellt ist, werden wir es den Parteigenossen ebenfalls durch Telegramm aufstellen. Auch machen wir noch einmal dringend darauf aufmerksam, daß jeder Vertrauensmann nur von den Orten das Resultat sendet, welche von seiner Seite besetzt worden sind. Nur dadurch ist es möglich, ein richtiges Resultat zusammenzustellen. Auch sind die Stimmkarten noch am Abend zur Post zu geben. Ferner eruchen wir die Parteigenossen, uns sofort einen schriftlichen Bericht über ungenügende Vorgänge bei der Stichwahl und der Hauptwahl auszustellen. Dieses Material wird dann von unserer Seite ebenfalls zusammengestellt und an den Bezirksleiter gelangt werden. Die Kreisleitung

Freiwillige Wahlhilfe hat uns das Liebenwerdaer Kreisblatt geleistet. Es brachte in seinem provinziellen Teile einen Hinweis auf die stattfindenden Versammlungen unserer Partei. Wir hoffen, daß dadurch die Feier des Wählerabends vorant werden, sich in unferen Verleumdungen einfinden. Dort könnten sie das schenken, was ihnen von Kreisblatt nicht gegeben wird: Aufklärung. Wenn das Kreisblatt dann weiter von gewerkschaftlichen Agitatoren redet, nun, den Teil sind unsere Genossen schon gewohnt. Je mehr die Kreisblattpresse uns befehlet, desto mehr werden wir arbeiten, um endlich auch die letzten von der, den Geist vernichtenden Kraft der Kreisblattpresse zu befreien. Daß wir da schon günstige Erfolge erzielt haben, beweist am besten die ohnmächtige Wut der Kreisblätter.

## Politisch Bitterfeld.

Freiheit gegen Freiheit. Ein Tohuwabohu herrscht im freiwirtschaftlichen Lager. Keiner weiß, was er eigentlich will. Der Brief des Pfarrers Köpfle hat es dem Vorstand des Allgemeinen liberalen Wahlvereins angetan. Diese Herren versuchen noch wie vor, ihre Mitglieder zur Stimmengabe für Bauermeister zu verleiten. Die freiwirtschaftliche Vereinigung stellt es den Wählern frei, für wen sie stimmen wollen. Aber mit dem Brief Köpfles wollen auch sie nicht zu tun haben. Wer von den freiwirtschaftlichen Wählern wirklich noch etwas Selbstachtung hat, der kann seine Stimme nie für Bauermeister abgeben, sondern nur für den

Sozialdemokraten. Bauermeister hat sich stets als Feind aller Fortschritts gezeigt. Der Freiwirtschaftler würde seinen eigenen Weg wählen, wenn er für Bauermeister eintritt. Des Volkes Rechte sind in Gefahr. Will der Freiwirtschaftler zum Volksverräter werden?

Der Narrenroman Febrar hat seinen Einfluß auf die Konservertativen geltend gemacht. In den Kreisblättern veruchen die Prot- und Reichswürdiger die Sozialdemokratie deshalb herabzulassen, weil sie den in Rußland kämpfenden Brüdern Geldmittel zur Verfügung stellte. In konservertativen Gebirgen scheint es manchmal eigentümlich zuzugehen. Die Konservertativen sehen wohl das, was andere tun, aber was sie selbst tun, wissen sie nicht. Wenn uns zum Vornarr gemacht wird, daß wir ein in die Freiheit eingehendes Volk unterliegen, so jetzt das von einem sehr geringen Heile. Wenn die deutsche Junkertippe jedoch die baillische und andere mit Geldmitteln unterstützt, um auch weiterhin ein Volk in der Knechtshaft und Verdrückung zu erhalten, so ist das Rohet und Barbarei. Die deutschen konservertativen Junker haben den Senkers denkwürdigen der russischen Reaktion ihr Mißgefühl ausgedrückt, und sie auch finanziell unterstützt. Wer daher einen Standbitten dieser Partei wählt, der sorgt dafür, daß auch in Deutschland die Reaktion zum Siege gelangt. Je mehr Konservertative im Reichstage sich als Vertreter des deutschen Volkes gerieren, desto mehr wird das Volk unter ungenüchreuten Katen zu leiden haben. Wer nicht will, daß das deutsche Volk den agrarischen Ausbeutern ausgeliefert wird, wer nicht will, daß in den nächsten fünf Jahren unter dem Volke noch mehr Hunger und Elend herrschen soll, der wähle den Sozialdemokraten. Besonders die Geschäftsleute, Handwerker und Kleinrentner können bedenken, daß die Wahl eines Konservertativen ihnen den allerschlimmsten Schaden bringt. Wenn das Liebesgericht der agrarischen Werkwelt sich geltend machen wird, dann werden sie genau zu leiden und zu harben haben wie die Arbeiter. Keine Stimme dem Konservertativen, wenn ihr nicht selbst euer Verberben heraufbeschwören wollt.

## Halle und Saalkreis.

Halle, 4. Februar.  
Die dumme Rederei von dem schwarz-roten Kartell muß auch jetzt bei dem Wahlkampf noch immer herhalten, obwohl von einem schwarz-roten Kartell noch nie die Rede war. Im Gegenteil haben sich die Reaktionäre aller Schattierungen, der Sozialdemokratie mit dem Zentrum zusammengekommen, um die Sozialdemokratie zu erdrücken. Nur in einigen freien Bapern haben unsere Genossen ein Stichwahl-Abkommen mit dem Zentrum getroffen. Überall gehen sonst die Irramentanten mit dem bürgerlichen Mißmut gegen die Sozialdemokratie. Überall und da redet denn die Wahlschlachtpresse in einem fast von dem schwarz-roten Kartell, und die Saale-Zeitung leistet sich gar folgenlos lächerlichen Schwaß:

Der Liebermüt der schwarz-roten Kartellpolitik kann nicht länger ertragen werden. Einmalig laute der alte Zentrumsführer Dr. Dieber: Das Zentrum wird niemals Radepolitik treiben. Heute sieht man's. Das Zentrum der Groeber, Spahn, Noeren und Fräbberger will nichts anderes als Radepolitik. Daher sein unnatürlicher Bund mit der Sozialdemokratie.

Der Schafkopf, der das geschriebene hat, schätzt sein Publikum richtig ein, denn dieser merkt nicht den Widerspruch, der in der heretypischen Phrase des schwarz-roten Kartells und des unnatürlichen Bundes zwischen Sozialdemokratie und Zentrum liegt. Unnatürlich heißt es, wollte der liberal-konservertative Mißmut nicht in Arm mit dem Zentrum gehen und umgekehrt. Aber ebenjo unnatürlich wäre es, wollte man von der freiwirtschaftlich-konservertativen Saale-Zeitung verlangen, sie sollte einem logischen und erhellenden Gedanken-Rund- druck verleihen.

## Aus dem Arbeiter-Eldorado Saale-Zeitung.

Die Saale-Zeitung konnte während des Wahlkampfes nicht genug über Sozialdemokraten als Arbeitgeber und Ausbeuter röhören. Als wir ihr aber schließlich das lose Wort hinteten, in dem wir affirmativ nachweisen, daß keine Buchdrucker in ganz Halle ihr Personal so schätzig bezahlt wie die Saale-Zeitung, blieb sie bis jetzt höflich artig und wird sich voranschließlich auf eine fernere Diskussion mit uns über das Thema Sozialdemokraten und Saale-Zeitung als Arbeitgeber nicht einlassen. Wir haben deshalb unser zahlreiches Material einwilligend ad acta gelegt.

Eine reizende Episode aus voriger Woche wollen wir aber mal erzählen: Den Austräger und Austrägerinnen wird ihr horrendes Monatsgehalt sonst gewöhnlich am Ende des Monats ausgehahlt. Da es aber nicht möglich war, weder am 31. Januar noch am 1. Februar das Geld zu bekommen, legte ein großer Teil der Austräger die Arbeit nieder. Am nächsten Morgen war nun guter Rat teuer. Alle Eingekommen in der Druckerei und sonstige Angestellte wurden mit großen Güssen ausgehallet und zur Verbreitung des Blattes zu der Kundschaf geföhrt. Als dann später den Austräger mitgeteilt wurde, es sei wieder Geld da, sah der Trägerlohn könne jetzt in Empfang genommen werden, ließen sich die Träger erweichen, das liberale Papier fernwehln auszutragen.

Die Leute hatten ganz recht: erst fürs Austragen nichts bezahlen wollen und dann auch die Pfennige nicht bekommen können. Nicht in die Hand!  
Mit der Saale-Zeitung muß es recht dreieinig stehen, wenn sie die paar Freiwirtschaft-Trägerlohn schon nicht mehr aufbringen kann. Man hört schon heute was von einer Fusion mit der hiesigen „Borneamen“ Allgemeinen Läden. Und sollte das nichts werden, so tut sie schließlich gut, sich mit der gewinnungsverwandten Halleischen Zeitung (Stiftung) zu verbinden. Wir vereinteten, Kräften wären dann schließlich wohl die Arbeitslöhne aufzubringen.

## Die Stichtmaschine Dienstadt

wird gegenwärtig noch immer in den Anzeigen der bürgerlichen Presse empfohlen. Allerdings ist man etwas vorlässiger geworden. Man garantiert nicht mehr einen Tagesverdienst von fünf bis zehn Mark, sondern sagt überhaupt nicht, was in einem Tage zu verdienen ist. Auch die Firma Knaum in Hamburg scheint die Maschinen nicht zu verkaufen, denn in dem Infereat ist als Firma K. Benz & Co., Hamburg, B.-B.-R., Werksstraße 34, angegeben. Früher war auch der Titel der Maschine

\* Der Tarifvertrag im Deutschen Reich. 3 Bände. Berlin, Carl Heymann 1906.





